

Gestern, 12:28  
Folgen der 1:12-Initiative

## Der Bundesrat begibt sich nicht aufs Glatteis

Schweiz Gestern, 12:28

Der Bundesrat wagt keine Prognosen hinsichtlich möglicher Folgen der 1:12-Initiative auf die Situation der AHV. Denn es sei unklar, wie die Unternehmen nach einem Ja zur Vorlage reagieren würden.

(sda) Der Bundesrat will kein Szenario dazu errechnen, welche Folgen ein Ja der 1:12-Initiative der Jungsozialisten für die AHV hätte. Es gebe zu viele Unsicherheitsfaktoren, hielt er in der Antwort auf eine Interpellation aus dem Nationalrat fest. Eingereicht hatte den Vorstoss Jean-François Rime (svp., Freiburg), der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Der Verband hat die Federführung im Abstimmungskampf für den 24. November. Das von ihm angeführte Nein-Komitee warnt vor Milliarden-Ausfällen, sollten die höchsten Einkommen im Land auf 500 000 Franken beschränkt werden.

### Plafonierung nicht plausibel

In den Augen des Bundesrates ist es jedoch nicht klar, welche Folgen eine Annahme der Volksinitiative der Juso auf die Lohnmasse hätte. Weil es unrealistisch sei, dass alle Unternehmen gleich reagieren würden, sei «die Hypothese einer generellen Lohnplafonierung in bestimmter Höhe nicht plausibel».

### Verschiedene Reaktionen denkbar

Es sei grundsätzlich denkbar, dass die Lohnverteilung im Betrieb angepasst würde, hält der Bundesrat fest. Weil damit die Lohnmasse gleich bleibe, wäre dies für die Sozialwerke neutral. Ebenso könnten aber die höchsten Löhne gesenkt, Stellen ins Ausland verlegt oder Unternehmen ganz oder teilweise geschlossen werden.

Für die Suva, die Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung hätte eine Beschränkung der Löhne indes keine Folgen, wie der Bundesrat anmerkt. Denn die versicherten Maximallohne liegen für diese drei Versicherungen bei weniger als 500 000 Franken.

### Bundesrat gegen Initiative

Der Bundesrat empfiehlt die 1:12-Initiative zur Ablehnung, weil er negative Folgen für die gesamte Schweizer Volkswirtschaft befürchtet. Das Volksbegehren der Jungsozialisten verlangt, dass in einem Unternehmen der höchste Lohn höchstens zwölf Mal höher sein darf als der tiefste.

#### Mehr zum Thema «Der Bundesrat begibt sich nicht aufs Glatteis»

- > **UMFRAGE:** Mehrheit für Lohnobergrenze
- > **FDP:** Mit 202:1 gegen 1:12